



Presseschau vom 17.03.2017:

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *Korrespondent* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *Korrespondent* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Abends/nachts:

Dan-news.info: Die Regierung der DVR hat eine Reihe von Verhandlungen geführt, in deren Ergebnis eine positive Tendenz zur Lösung der Fragen von Rohstofflieferungen und zum Verkauf von örtlichen Produkten auf ausländischen Märkten unter den Bedingungen der Transportblockade von Seiten der Ukraine festzustellen ist. Diese Auffassung vertrat heute die Ministerin für ökonomische Entwicklung der DVR Wiktorija Romanjuk.

„Unter objektiver Betrachtung des derzeitigen Zustands der Unternehmen, der Konkurrenzfähigkeit der produzierten Waren sowie unter Durchführung einer detaillierten Analyse der Logistik hat die Staatsführung eine Reihe von Verhandlungen mit Vertretern interessierter Länder geführt, deren Ergebnisse es erlauben mit Überzeugung zu bestätigen, dass es eine positive Lösung der Fragen von Rohstofflieferung und des Absatzes örtlicher Produkte auf ausländischen Märkten geben wird“, sagte die Ministerin.

Sie merkte an, dass solche Prozesse eine bestimmte Zeit brauchen, die das Oberhaupt der DVR Alexandr Sachartschenko mit zwei bis drei Monaten angegeben hat. Romanjuk unterstrich, dass diese eine begründete Zahl ist, weil die Aneignung neuer Absatzmärkte wegen der Unterschiede der ökonomischen Bedingungen, höherer Konkurrenz und Anforderungen an die Qualität der Waren mit im Vergleich zum inneren Markt mit höherem Aufwand verbunden ist.

„Zweifellos ist jeder Einwohner der DVR und die Staatsorgane im Besonderen an einer möglichst praktikablen Lösung dieser Fragen und einer Beschleunigung des Prozesses der Umorientierung interessiert, aber da wir Geiseln der Transportblockade sind, sind wir gezwungen, die Situation adäquat einzuschätzen und effektive Maßnahmen zum Erhalt der Arbeit der einheimischen Unternehmen zu ergreifen“, meint die Ministerin.

Romanjuk fügte hinzu, dass jedes der Unternehmen, die in den Rechtsraum der Republik

übergegangen sind, einzigartig ist, deshalb erfordert der Prozess der Umorientierung jeweils besondere Ansätze und Strategien.

Dnr-online.ru: Seit 2017 exportiert die DVR Mehl ins Ausland. Der Pressedienst des Landwirtschaftsministeriums der DVR hat eine offizielle Quote im Umfang von 10.000 Tonnen festgelegt. Zurzeit werden Verträge für den Export von Mehl abgeschlossen. Unter den Exporteuren sind Kombinate aus Beschewo, Jasinowataja und Jelenowka. „Der Export von Mehl hat die Nachfrage nach hochwertigem Getreide der Klassen 1-3 auf unserem Territorium erhöht. Dies liegt daran, dass der innere Markt vorhanden ist und vollständig gesättigt. Außerdem erfolgt eine zusätzliche Auslastung der Kapazitäten zur Weiterverarbeitung von Getreide und die Gelder aus dem Verkauf des Mehls kommen als Steuern in den Haushalt. Entsprechend werden Löhne an Arbeiter des weiterverarbeitenden Bereichs gezahlt, die Kapazitäten werden ausgelastet und dadurch wird der Selbstkostenpreis der Produkte auf unserem Territorium geringer. Die Landwirte erhalten Bargeld aus dem Export, das sofort ausgezahlt wird, und die Gelder kommen die Republik und verlassen sie nicht in Form von Rohstoff“, kommentierte der stellvertretende Landwirtschaftsminister der DVR Alexandr Mukojedow die Situation.

Vormittags:

De.sputniknews.com: Syrien: Luftangriff auf Moschee in Aleppo fordert Dutzende Tote. Bei einem Luftangriff auf eine Moschee nahe der syrischen Stadt Aleppo sind am Donnerstagabend mindestens 42 Menschen ums Leben gekommen. Dies teilt die Agentur Reuters am Freitag mit. Die Opfer waren vor allem Zivilisten. Demnach sollen sich in der Moschee des von der sogenannten bewaffneten syrischen Opposition kontrollierten Ortes Al-Dschinnah westlich von Aleppo zum Zeitpunkt des Luftschlages Dutzende Gläubige zum Abendgebet versammelt haben. Welche Seite für diesen Luftangriff verantwortlich ist, ist laut Reuters derweil noch unklar. In diesem Gebiet seien sowohl die Luftwaffe der syrischen Regierung, Russlands als auch der US-geführten Koalition im Einsatz. Indes bestätigt das US-Zentralkommando Centcom, einen Al-Qaida-Treffpunkt in der Nähe einer Moschee in der benachbarten Provinz Idlib angegriffen zu haben. Zurzeit prüft es noch den Tod von 42 Zivilisten. „Unser Ziel war nicht die Moschee, sondern ein Gebäude, wo das Treffen stattfand. Dieses liegt 15 Meter von der Moschee entfernt, die noch immer steht“, wird Centcom-Sprecher, John Thomas, von AFP zitiert. Später hieß es, dass der genaue Ort dieses Anschlags noch unklar sei, es sich dabei wohl aber um denselben Angriff handele, der die Moschee im Dorf Al-Dschinnah in der Nachbarprovinz Aleppo getroffen haben könnte. Am 9. März hatte die Syrische Beobachtungsstelle für Menschenrechte in London von 14 toten Zivilisten, darunter sechs Kindern, bei einem Luftangriff der US-geführten Koalition nahe Rakka berichtet. Zuvor hatte das russische Verteidigungsministerium erklärt, Russland fliege keine Luftschläge auf die von der syrischen Opposition kontrollierten Gebiete. Die Behörde koordiniere ihr Vorgehen mit dem US-Militär.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/31492/40/314924001.jpg>

De.sputniknews.com: „Falsch und nutzlos“: Moskau skeptisch über internationale Syrien-Berichte

Der amtliche Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, Igor Konaschenkow, zweifelt nach eigenen Worten stark an Effektivität und vor allem Wahrhaftigkeit internationaler Berichte über die Lage der Zivilisten in Syrien.

„Die immer einförmigen Berichte über die Situation in Syrien, die auf Grundlage von aus dem Internet verschafften ‘Zeugnisberichten’ von örtlichen ‚Aktivisten‘ zusammengefasst wurden, schaden eher der Reputation der internationalen Organisationen und etablierten Medien, als dass sie zur Lösung der humanitären Problemen in Syrien beitragen“, sagte Konaschenkow am Freitag in Moskau.

In diesen Berichten offenbare sich vielmehr der Wunsch westlicher Propagandisten, „den Müllberg aus eigenen Fake-News und offenen Lügen so schnell wie möglich zu legitimieren, für die im letzten Jahr große Haushaltsgelder ausgegeben wurden“.

Konaschenkow zufolge haben die Syrer selbst gar keine Vorstellung von dieser Sammlung westlicher Organisationen, die all die Jahre schon, wie sich nun herausgestellt habe, sorgfältig Statistiken mit detaillierten Angaben zu allen zerstörten Gebäuden, Toten und Verletzten führten.

In Wirklichkeit fertigen die Behörden in Ostaleppo, wohin derzeit täglich Hunderte Familien zurückkehren, immer noch Statistiken der durch die Kämpfer zuvor zerstörten Infrastrukturobjekte und Wohnhäuser an. Für so eine detaillierte Bestandaufnahme gibt es einfach keine geschulten Spezialisten.

„Glauben, dass seinerzeit die Banditen mit ‘weißen Helmen’ solche ‘Spezialisten’ in Aleppo waren, können nur die naiven Briten, die erst vor kurzem erfahren haben, dass für den Unterhalt dieser Scharlatane aus dem britischen Haushalt seit 2013 mehr als 30 Millionen Pfund Sterling ausgegeben wurden“, so der Militärsprecher weiter. „Was die praktische Bedeutung dieser Berichte anbelangt, werden sie den Syrern das Brot, die Medikamente und die Bleibe nicht ersetzen können“, schloss Konaschenkow.

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden 11-mal die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Beschossen wurden die Gebiete von **Almasnaja, Frunse, Kalinowo, Kalinowka, Kalinowo-Borschtschewatoje, Losowoje, Logwinowo, Weselogorowka**. Geschossen wurde mit 120mm- und 82mm-Mörsern, Schützenpanzerwaffen, Antipanzerraketekomplexen, Granatwerfern und Schusswaffen.

Dan-news.info: Zusammenfassung mehrerer Meldungen über ukrainische Beschüsse und

deren Folgen

„Am Morgen um 7:30 Uhr wurde das Dorf **Nabereshnoje** beschossen, wo zu diesem Zeitpunkt noch die Untersuchungen des abendlichen Beschusses stattfanden. Niemand wurde verletzt, aber Stromleitungen wurden beschädigt, ein Teil des Dorfes hat keinen Strom. Außerdem wurden vier private Häuser beschädigt, eines von ihnen durch einen direkten Treffer“, sagte der Leiter der Verwaltung des Nowoasowskij-Bezirks Anatolij Janowskij.

In **Jelenowka** haben aufgrund von Beschuss sechs Straßen keinen Strom. „In der Nacht gab es einen Beschuss, derzeit haben sechs Straßen keinen Strom, das sind etwa 400 Verbraucher“, sagte der Leiter der Ortschaftsverwaltung Igor Sjakerin.

„Um 18:00 Uhr wurden im Dorf **Wasiljewka** durch einen Beschuss Stromleitungen zerstört, 300 Verbraucher haben keinen Strom“, fügte der Bürgermeister von Jasinowataja Oleg Morgun hinzu. Die Elektriker arbeiten derzeit an der Reparatur.

„Von 18:00 Uhr bis Mitternacht hat die ukrainische Seite 307 Granaten mit Artillerie der Kaliber 122 und 152mm, Panzergeschützen und Mörsern der Kaliber 82 und 120mm abgeschossen“, teilte eine Quelle aus den militärischen Einrichtungen der DVR mit. Der Gesprächspartner der Agentur erklärte, dass die ukrainischen Soldaten das Territorium des **Donezker Flughafens und die Umgebung des Volvo-Zentrums im Norden der Hauptstadt, die Ortschaften Trudowskije im Westen von Donezk, Jelenowka im Südwesten der Stadt, Sajzewo bei Gorlowka, Jasinowataja und das Dorf Nabereshnoje im Nowoasowskij-Bezirk** beschossen haben.

Außerdem wurden gemäß den Angaben der Quelle von den Positionen der ukrainischen Streitkräfte auch Dutzende von Geschossen mit Schützenpanzerwaffen und Granatwerfern abgefeuert.

„Der Störungsdienst der Donezker Abteilung des staatlichen Konzerns Donbassgas teilt mit, dass durch Splitter Verteilungsgasleitungen im **Kiewskij-Bezirk von Donezk** auf der Rudsutak-Straße, der Mizkewitsch-Straße und im Gebiet von Donezk-Sewernyj beschädigt wurden“, teilte Donbassgas mit.

Alle Störungsmeldungen erfolgten am 16. März zwischen 19:00 und 21:00 Uhr.

Reparaturbrigaden haben heute Morgen mit der Reparatur begonnen, die Arbeiten laufen ohne Abschaltung der Gasversorgung.

De.sputniknews.com: Ukrainische Soldaten flehen Poroschenko um Rettung an.

Ukrainische Soldaten haben sich direkt vom Feld per Videobotschaft an ihren Präsidenten Petro Poroschenko gewandt: Er soll sie aus dem Dreck befreien, in dem sie mit ihrer Kriegstechnik feststecken. Das berichtet das Online-Portal „Defence.ru“.

Das Video selbst wurde auf YouTube hochgeladen. Darin beschwerten sich die Militärs darüber, dass das ukrainische Verteidigungsministerium ihnen solche Reifen zur Verfügung stellte, die im Gelände keinerlei Chance hätten. Sie seien nur für asphaltierte Straßen geeignet, nicht für matschige Felder.

„Wir können nicht einmal an die Feuerstellungen fahren, wir stehen einfach nur im Feld“, beschwert sich ein Soldat. So sei es einfach unmöglich, „schnell Donezk einzunehmen“.

„Dieses Kriegsgerät ist nutzlos, keiner braucht das“, schlussfolgert er.

Gleichzeitig „bedankten“ sich die Militärs aber auch für diese Technik und riefen Poroschenko auf, sie mit seinem Mercedes aus diesem Matsch zu ziehen.

Ende Januar hatten die Volkswmilizen und die ukrainischen Militärs eine Zuspitzung der Situation im Donbass gemeldet. Die Konfliktseiten beschuldigen sich gegenseitig, die jeweils andere Seite massiv unter Beschuss zu nehmen und an der Front Feuerangriffe vorzunehmen. Am schwersten betroffen waren Awdejewka und Jasinnowataja unweit von Donezk.

Die ukrainische Führung hat über den von Kiew kontrollierten Ort Awdejewka, wo die Wasser- und Stromversorgung unterbrochen ist, den Ausnahmezustand verhängt. Donezk selbst wurde nach Angaben der dortigen Behörden erstmals seit zwei Jahren wieder aus Mehrfachraketenwerfern „Grad“ und „Uragan“ beschossen.

Seit Jahresbeginn sind bei den Kampfhandlungen in der selbsterklärten Volksrepublik

Donezk (DVR) 60 Menschen getötet und mehr als 110 weitere verletzt worden. Seit Ausbruch des Konfliktes sollen alleine in Donezk insgesamt 4349 Menschen, darunter 74 Minderjährige, getötet worden sein.

```
<div style="position:relative;height:0;padding-bottom:56.21%"><iframe  
src="https://www.youtube.com/embed/k_Uu4XE64ts?ecver=2"  
style="position:absolute;width:100%;height:100%;left:0" width="640" height="360"  
frameborder="0" allowfullscreen></iframe></div>
```

https://youtu.be/k_Uu4XE64ts

Lug-info.com: Die humanitären Konvois des Zivilschutzministeriums der RF, die den Einwohnern des Donbass Hilfe leisten, werden auf Grundlage von Anforderungen aus den Volksrepubliken zusammengestellt. Dies berichtete der Staatssekretär und stellvertretender Zivilschutzminister der RF, Generaloberst des inneren Dienstes Wladimir Artamonow, in einem Interview mit LIZ.

„Die Zusammenstellung der humanitären Kolonnen erfolgt auf Grund der Bedürfnisse und entsprechend den Anforderungen, die eingehen“, sagte er.

Artamonow merkte an, dass die Güter für die Konvois „von gesellschaftlichen Organisationen, Gewerkschaften, Verwaltungen von Subjekten der RF sowie von Bildungseinrichtungen, Organisationen und politischen Vereinigungen gestellt werden“.

De.sputniknews.com: Kiew konfisziert ausländisches Frachtschiff – wegen Krim-Besuchen? Das Bezirksgericht der südukrainischen Stadt Odessa hat das unter tansanischer Flagge verkehrende Frachtschiff „Sky Moon“ konfisziert, welches zuvor auch Häfen der Schwarzmeer-Halbinsel Krim ansteuerte. Dies teilte der Pressedienst der ukrainischen Militärstaatsanwaltschaft am Freitag mit.

Das Gericht erhob Anklage gegen den Kapitän wegen der Einfuhr von mehr als 3000 Tonnen technischen Sodas, ohne die ukrainische Zollkontrolle zu absolvieren, sprach ihn schuldig und ordnete an, sowohl die geschmuggelten Waren im Gesamtwert von 688.000 US-Dollar (umgerechnet rund 641.000 Euro) als auch das Schiff selbst zu beschlagnahmen.

Die ukrainische Küstenwache hatte die „Sky Moon“ auf dem Weg von Sewastopol in den moldauischen Hafen Giurgiulești am 30. November 2016 an der Donau angehalten. An Bord des Schiffes befanden sich neun Besatzungsmitglieder, alle Bürger Syriens. Die übrigen Besatzungsmitglieder wurden zivilrechtlich zur Verantwortung gezogen...

Dnr-online.ru: Bei der Generalstaatsanwaltschaft der DVR befinden sich 52 Strafverfahren wegen Verbrechen gemäß § 229 und 423 des Strafrechtsbuchs der DVR (Begehung eines Terrorakts sowie Planung, Vorbereitung, Entfachung und Führung eines Angriffskriegs) im Stadium der Untersuchung. Dies teilte der Pressedienst der Behörde mit.

Die Strafverfahren wurden gegen eine Reihe von Kommandeuren der ukrainischen Streitkräfte aufgenommen, namentlich den Kommandeur der 30. Brigade Garas, die Kommandeure der 53. und der 54. Brigade Grusewitsch und Gorbatjuk, den Kommandeur des 46. Bataillons „Donbass-kraina“ Wlasenko, den Kommandeur der 92. Brigade Nikoljuk, den Kommandeur der 55. Artilleriebrigade Brusow und den Kommandeur der 72. Brigade Sokolow. Auf Befehl dieser Personen wird der Beschuss von Ortschaften der Republik durchgeführt – Donezk, Jasinowataja, Makejewka, Gorlowka, Dokutschajewsk und Debalzewo. Die verbrecherischen Befehle der genannten Personen führten zum Tod von 17 Menschen. Körperverletzungen verschiedenen Schweregrads erlitten 105 Personen, darunter drei Minderjährige. Zerstörungen entstanden an 856 Wohnhäusern, Verwaltungs- und Produktionsobjekten der städtischen Infrastruktur.

Die Abteilung zur Ermittlung von Verbrechen gegen den Frieden und Sicherheit der Bevölkerung wurde in der Ermittlungsabteilung im November 2016 gebildet. Die Durchführung der Ermittlungen befindet sich unter Kontrolle des Generalstaatsanwalts der DVR.

Ukrinform: Die kanadische Außenministerin Chrystia Freeland ruft die internationale Gemeinschaft auf, den Druck auf Russland aufrecht erhalten. Kanada unterstützt „unerschütterlich“ das ukrainische Volk, erklärte Freeland in ihrem Statement anlässlich des dritten Jahrestages des rechtswidrigen „Referendums“ auf der Krim. „Die internationale Gemeinschaft muss den Druck auf Russland, einschließlich wirtschaftliche Sanktionen, aufrecht erhalten bis Russland das Völkerrecht und die Souveränität der Ukraine achten wird“, so die Politikerin. Sie betonte weiter, Kanada verurteile die rechtswidrige Besetzung der Krim durch Russland und Menschenrechtsverletzungen auf der Halbinsel. Freeland verurteilte auch die Weigerung Russlands, internationale Menschenrechtler auf der Krim zuzulassen.

De.sputniknews.com: Lawrow über „Schweigen der Lämmer“ in EU und Nato. Die von der EU und Nato geübte Nachsicht gegenüber den sich wiederholenden Neonazi-Märschen in Europa, insbesondere in Lettland, betrachtet Russlands Außenminister Sergej Lawrow als Schande.

„Wir sind zutiefst besorgt über die Versuche mehrerer Staaten Europas, die Augen vor den zunehmenden neonazistischen Tendenzen, dem systematischen Wandalismus an Denkmälern und Grabstätten aus Zeiten des Zweiten Weltkrieges zu verschließen“, sagte der Minister bei einem Treffen mit Vertretern unterschiedlicher Nichtregierungsorganisationen (NGO).

„Vor dem Hintergrund der Beschwerden über die Gefahren für die liberalen europäischen Werte beobachten wir in Verbindung mit der regelmäßigen Unterstützung der Neonazi-Märsche in Lettland ein sogenanntes ‚Schweigen der Lämmer‘“, betonte Russlands Chefdiplomat. „Das ist eine Schande für die Europäische Union und die Nato, das sind Handlungen, die der Beleidigung des Andenkens an Millionen Tote Vorschub leisten und die Urteile der Nürnberger Prozesse ignorieren.“



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31492/77/314927791.jpg>

Nachmittags:

av-zakharchenko.su/dan-news.info: Am 17. März nahm das Oberhaupt der DVR Alexandr Sachartschenko an der Sitzung des Integrationskomitees „Russland - Donbass“ teil. Die Sitzung fand im Rahmen feierlicher Veranstaltungen zum Jahrestag des Referendums im Jahr 2014 auf der Krim und zum Jahrestag der Wiedervereinigung der Krim mit Russland statt. Es nahmen der Vorsitzende des Staatsrats der Republik Krim Wladimir Konstantinow, der Abgeordnete der Staatsduma der RF Andrej Kosenko, das Oberhaupt der LVR Igor

Plotnizkij, Mitglieder des Föderationsrats der RF, Abgeordnete des regionalen Parlaments, gesellschaftliche Aktivisten teil.

Im Verlauf der Sitzung berichtete das Oberhaupt der DVR von den Folgen der Blockade, die die Ukraine gegen die Volksrepubliken organisiert hat, und davon, wie der Prozess der Umorientierung der Republiken des Donbass auf Russland verläuft.

„Viele beunruhigt heute, wie sich die ukrainische ökonomische Blockade auf das weitere Schicksal der Republiken des Donbass auswirken wird. Besonders im Licht der jüngsten Entscheidungen des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrats der Ukraine. Aus meiner Sicht muss diese Frage in erster Linie die ukrainische Führung beunruhigen, weil die Blockade der DVR und der LVR von Seiten der Ukraine die ukrainische Ökonomie selbst zerstört. Wir alle sind seit einigen Tagen Zeugen dessen, wie das offizielle Kiew zwischen dem Wunsch, den status quo zu erhalten, und dem Bestreben, den Konflikt mit den bewaffneten Nationalradikalen zu beenden, lavieren muss. Dies ist bei weitem nicht der erste Fall, wo die ukrainische Regierung den Zorn der Nationalisten fürchtet und gezwungen ist sich vor ihnen zurückzuziehen, selbst entgegen den ökonomischen Interessen des Landes. Zum wiederholten Mal überzeugen wir uns davon, dass die heutige Führung der Ukraine bereit ist, die Interessen von wem auch immer zu verteidigen, nur nicht die Interessen ihrer Bürger. Für die ukrainische Ökonomie sind die Folgen der Blockade wesentlich beklagenswerter als für die Ökonomie der Republiken des Donbass. In der letzten Zeit ist es in der Ukraine zu einer Art Tradition geworden, die Verluste auszurechnen, die durch die Blockade entstehen. Nach den vorsichtigsten Rechnungen hat das Land bereits mehr als 3 Milliarden Dollar verloren, und das ist bei weitem nicht die das Ende. Durch diese Blockade hat die Ukraine sich selbst in einen ökonomischen Kessel getrieben und ein Herauskommen aus ihm ist nicht vorgesehen.

Am 1. März haben wir als Antwort auf die aggressiven Handlungen der Ukraine unsererseits eine Blockade ausgerufen und liefern in die Ukraine keine Kohle mehr. Wir haben die Ausfuhr von Produkten aus der DVR und der LVR in die ehemalige Ukraine verboten. Unsere Blockade haben wir nicht aufgehoben. Und wir haben es nicht vor. Der Donbass lebt bereits seit einigen Jahren im Zustand einer ökonomischen Blockade. Diese Zeit war für uns alle eine schwere Prüfung auf unsere Standhaftigkeit und man kann mit Überzeugung sagen, dass wir sie bestanden haben. Wir haben gelernt unter Bedingungen von Isolation und Sanktionen zu leben. Wir konnten den Mythos entlarven, dass er Donbass für die Ukraine immer eine Zuschussregion war. Wir haben zerstörte Unternehmen wieder aufgebaut, neue Stollen in Betrieb genommen, und Jahr um Jahr hat das Tempo der Kohleförderung zugenommen. In den Jahren der Blockade konnten wir uns um die Lebensmittelsicherheit unserer Bürger kümmern und heute sind die ukrainischen Produzenten gezwungen Schlupflöcher zu finden, um auf unsere Märkte zu gelangen.

Nach einer abschließenden ökonomischen Trennung der Ukraine von den Republiken des Donbass haben wir die Unternehmen unter ukrainischer Jurisdiktion unter unsere äußere Leitung gestellt. Dieser Schritt war der letzte auf dem Weg der Erlangung einer vollständigen ökonomischen Unabhängigkeit der Republiken des Donbass von der Ukraine. Das wichtigste ist, dass unsere Handlungen die Unterstützung der Bürger haben. Es ist eine Tatsache, dass 100% der Arbeiter der Unternehmen, die unter äußere Leitung gestellt wurden, Verträge mit der republikanischen Verwaltung abgeschlossen haben. Dies alles zeigt ein weiteres Mal, dass die Werktätigen die DVR gewählt haben.

Alles, was uns beim Wiederaufbau der durch den Krieg zerstörten Volkswirtschaft gelungen ist, wurde dank der Hilfe des brüderlichen Russland möglich. Es war eine tägliche Hilfe. Lange Jahre war die Wirtschaft des Donbass auf ein System der ökonomischen Verbindungen zuerst mit dem russischen Imperium und dann mit der Sowjetunion aufgebaut. In dieser ganzen Zeit war sie auf eine enge Zusammenarbeit mit Russland ausgerichtet. Heute befassen wir uns mit dem Wiederaufbau alter ökonomischer Verbindungen. Die Unternehmen der Republiken des Donbass gehen auf russische Ersatzteile und Rohstoffe über.

Der Donbass seinerseits hat etwas, das er dem russischen Verbraucher anbieten kann. Vieles von dem, was unsere Werke produzieren, ist wesentlich billiger und hochwertiger als analoge ausländische Produkte.

Im Jahr 2016 ist der Export von Waren aus der DVR in die RF um 34 Mio. Dollar auf 58,6 Mio. Dollar gestiegen. Der Import von Waren in die DVR hat sich 2016 um das 2,5fache gesteigert und betrug 750,6 Mio. US-Dollar. Dabei betrug der Anteil der russischen Produkte 84,4%.

Jemand könnte sagen, dass dies nicht sehr große Zahlen sind, aber für uns bedeuten sie viel. Wir sind immer näher an Russland gekommen, nicht nur im ökonomischen Bereich – es wachsen und stärken sich auch kulturelle und geistige Beziehungen.

Besonders will ich über unsere Beziehung mit der brüderlichen Krim sprechen. Ihr versteht wie sonst keiner, welche Schwierigkeiten vor den Republiken des Donbass stehen. Wir rechnen mit einer engen ökonomischen Zusammenarbeit mit der Krim. Die Krim braucht unsere Kohle und Metall. Die Republiken des Donbass brauchen Lebensmittel und Wein, die auf der Krim produziert werden. Ich glaube, dass unsere Zusammenarbeit fruchtbar sein wird. Die Krim und der Donbass haben ein gemeinsames Schicksal.“

Ukrinform: SBU: Ukraine kann russischer ESC-Teilnehmerin Einreise verweigern. Die russische Vertreterin beim Eurovision Song Contest Yulia Samoylova darf nach der Meinung des Chefs des Sicherheitsdienstes der Ukraine SBU Wasyl Hryzak in die Ukraine nicht einreisen.

Grund dafür sei ihr Besuch auf der Krim nach der Annexion der Halbinsel durch Russland, sagte er vor der Presse am Freitag. „Das Gesetz muss für alle gelten.“

Eine endgültige Entscheidung sei laut Hryzak aber noch nicht gefallen.

Die Rollstuhlfahrerin Samoylova trat 2015 in der Stadt Kertsch auf der Krim auf. Nach dem ukrainischen Recht dürfen Ausländer auf die Halbinsel nur über das ukrainische Festland einreisen.



https://static.ukrinform.com/photos/2017_03/thumb_files/630_360_1489348009-4724.jpg

Dnr-online.ru: Heute wurde um 11:10 Uhr an der Donezker Filterstation mit den Reparaturarbeiten begonnen, aber die Vertreter des Gemeinsamen Zentrums zur Kontrolle und Koordination des Regimes der Feuereinstellung und Stabilisierung der Kontaktlinie von der ukrainischen Seite haben Vertreter des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz, die an der DFS zur Bewertung des Schadens durch Beschuss von Seiten der ukrainischen Streitkräfte eingetroffen waren, nicht durchgelassen. Dies teilte der Pressedienst des Verteidigungsministeriums der DVR mit.

So versucht die ukrainische Seite ein weiteres Mal, ihre Verbrechen gegen die Einwohner des Donbass und Schlüsselobjekte der Infrastruktur der Republik zu verheimlichen.

De.sputniknews.com: Kreml über „Schrift-Szenarien“ zu Donbass.

Moskau hat keinerlei Papiere hinsichtlich einer potentiellen Aufnahme der selbsternannten Volksrepubliken Donezk und Lugansk in den Bestand Russlands an der Hand, wie Kreml-Sprecher Dmitri Peskow am Freitag sagte.

„Sie kennen die Einstellung, die die Vertreter des Donbass mehrmals äußerten. Dazu gibt es jedoch keine schriftlichen Szenarien. Genau deswegen verfolgen wir mit Besorgnis, wie das Land (die Ukraine – Anm. d. Red.) bewusst eine große Region abtrennt“, so Peskow.

Im Kreml hält man „eventuelle Überlegungen“ zu diesem Thema für unmöglich. Russland war und bleibt, wie Peskow ferner betonte, daran interessiert, an seinen Grenzen „eine geeinte, vorhersehbare und profitierende Ukraine“ zu haben.

Zuvor hatte der Sprecher des russischen Präsidenten die Frage nach der Anerkennung von Lugansk und Donezk durch Russland als „inkorrekt“ und die Diskussionen zu diesem Thema als „unangebracht“ und „virtuell“ bezeichnet.

Peskow zufolge sind die Bedingungen, unter denen sich die weder von Russland noch von der Ukraine anerkannten Volksrepubliken befinden „absolut unerträglich“, weil sie „unter einer knallharten Blockade seitens der Ukraine“ litten, und „von der sozialen und Bankversorgung abgetrennt“ seien.

Ende Januar hatten ukrainische Radikale eine Verkehrsblockade des Donbass begonnen, was zu Ausfällen von Anthrazitlieferungen führte, denn das Anthrazit wird in den von den ukrainischen Behörden nicht kontrollierten Landesgebieten gefördert. Die beiden selbsterklärten Volksrepubliken Donezk und Lugansk hatten daraufhin verkündet, die nicht im Zuständigkeitsbereich der ukrainischen Behörden liegenden Betriebe unter Zwangsverwaltung zu stellen. Am 3. März hatte das Oberhaupt der Republik Donezk, Alexander Sachartschenko, Kiew eine Handelsblockade erklärt.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/30833/09/308330914.jpg>

armiyadnr.ru: Pressekonferenz des stellvertretenden Kommandeurs des operativen Kommandos der DVR Eduard Basurin über die Situation den Kontaktlinie vom 11. bis 17. März 2017

In der letzten Woche, vom 11. bis 17. März, wurden in den Verbänden und Truppenteilen der Volksmiliz der Donezker Volksrepublik grundlegende Anstrengungen auf die Durchführung von Kommandostabsübungen gelegt, mit dem Ziel der Vervollkommnung der Abstimmung der Leitungsorgane bei der Vorbereitung und Durchführung von Verteidigungs- und Gegenangriffsaktivitäten.

Die Volksmiliz leistet weiterhin nach Kräften der Bevölkerung der Republik Unterstützung. Unter anderem wurde in der letzten Woche Einwohnern des Kujbyschewskij-Bezirks von Donezk Unterstützung in Form von warmer Kleidung und Gegenständen des täglichen Bedarfs geleistet. Außerdem wurden Kultur- und Freizeitveranstaltungen für Kinder aus dem Rehabilitationszentrum von Tores und Kinder von Soldaten der Volksmiliz der DVR im Donezker Zirkus „Kosmos“ organisiert.

In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Streitkräfte 61-mal das Regime der

Feuereinstellung verletzt. Das Territorium der Republik wurde mit schwerer Artillerie, Panzern, Mörsern verschiedenen Kalibers, Schützenpanzerwaffen, Abwehrgeschützen, Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

Insgesamt hat der Gegner in der letzten Woche 529-mal das Regime der Feuereinstellung verletzt und 5842 Artillerie- und Mörsergranaten auf das Territorium der Republik abgeschossen.

Von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurden 22 Ortschaften der Republik beschossen. Am stärksten betroffen waren: **Sajzewo, Gorlowka, Jasinowataja, Krutaja Balka, Spartak, Kominternowo, Dokutschajewsk, Jasnoje, Oktjabrj, Jelenowka, Luganskoje, das Gebiet des Volvo-Zentrums und des Flughafens sowie die Bezirke Petrowskij, Kirowskij und Kiewskij von Donezk**, auf deren Territorien 49 Häuser beschädigt oder zerstört, ein friedlicher Einwohner getötet und neun unterschiedlich schwer verletzt wurden. Der Beschuss erfolgte auf Befehl der Kriegsverbrecher Gorbatjuk, Grusewitsch, Schandar, Wlasenko, Nikojuk, Samarskij, Garas und Deljatizkij.

In der letzten Woche betrogen die **Verluste unter den Soldaten der Volksmiliz der DVR** bei der Verteidigung der Republik **vier Tote und zwei Verletzte**.

Außerdem hat der Gegner im Verlauf der gesamten Woche mehrfach Versuche unternommen, Lebenserhaltungsobjekte außer Funktion zu setzen und deren Reparatur zu verhindern, unter anderem die Donezker Filterstation, dadurch hatten die zeitweilig von den ukrainischen Streitkräften kontrollierte Ortschaft Awdejewka und die Awdejewker Kokerei keinen Strom. Die **Korrektur des Feuers** auf Lebenserhaltungsobjekte wurde wie zuvor **unter Anwendung von Drohnen** durchgeführt.

All diese Fakten beweisen die verbrecherischen Handlungen des ukrainischen Kommandos gegenüber der Zivilbevölkerung des Donbass, die mit Billigung der militärisch-politischen Führung der Ukraine erfolgen.

Das Kommando der ukrainischen Streitkräfte setzt die Konzentration von schweren Waffen an der Kontaktlinie fort. Insgesamt hat unsere Aufklärung in der letzten Woche entdeckt:

- in Richtung Gorlowka – eine Panzerkompanie, eine Batterie 152mm-Artilleriegeschütze „Akazija“ und eine Batterie 120mm-Mörser;
- in Richtung Donezk – zwei Batterien 122mm-Artilleriegeschütze „Gwodika“ und eine Batterie 120mm-Mörser;
- in Richtung Mariupol – zwei Mehrfachraketenwerfer „Grad“, zwei Batterien 122mm-Artilleriegeschütze „Gwodika“, eine Batterie 152mm-Artilleriegeschütze „Akazija“ und eine Batterie 120mm-Mörser.

Die zuvor von uns entdeckte Technik der ukrainischen Streitkräfte ist auch weiterhin in der Nähe der Kontaktlinie zu bemerken.

In der letzten Woche hat die ukrainische Seite weiter Provokationen entlang der Kontaktlinie durchgeführt und dabei aktiv unter Kontrolle stehende ukrainische Massenmedien genutzt, um die Volksmiliz der DVR öffentlich der Verletzung der Minsker Vereinbarungen zu beschuldigen.

Nicht selten sind Fälle, wo offizielle Vertreter ukrainischer Staatsorgane erklärt haben, dass angeblich Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der Streitkräfte der DVR stattgefunden hätten, in deren Folge lebenswichtige Infrastrukturobjekte beschädigt worden seien. Unter anderem hat in der letzten Woche der Leiter der militärisch-zivilen Administration des Donezker Oblast Shebriskij eine Erklärung über eine Unterbrechung der Stromversorgung der Donezker Filterstation abgegeben, und zwar eine Stunde ehe dies tatsächlich geschah, was die unmittelbare Beteiligung der ukrainischen Streitkräfte und der ukrainischen Behörden an dieser Provokation, die ausschließlich gegen die eigene Bevölkerung gerichtet ist, beweist.

Ein aufgrund seines Zynismus empörendes Verbrechen der ukrainischen Truppen wurde in Awdejewka festgestellt, wo die ukrainischen Streitkräfte einen Beschuss eines neunstöckigen Hauses mit Panzern durchgeführt haben. Dabei hat einer der führenden ukrainischen Fernsehsender eine Videoaufnahme des Beschusses produziert, um anschließend die Volksmiliz der DVR dieses Verstoßes zu beschuldigen. Die Primitivität der Provokation war so offensichtlich, dass örtliche Einwohner gegen die ukrainischen Journalisten, die vor hatten, die Meinung der Einwohner zu dem erfolgten Beschuss zu

darzustellen und ihnen eine der verbrecherischen Regierung der Ukraine günstige Sichtweise auf das Geschehen aufzudrängen, fast Selbstjustiz geübt hätten. In der letzten Woche hat die ukrainische Seite Provokationen nicht nur auf dem Land, sondern auch auf dem Meer durchgeführt. So sind am 11. März auf Befehl des Kommandeurs des 73. Marinezentrums für Spezialoperation der Seestreitkräfte der Ukraine, des Kapitäns zur See Eduard Schewtschenko, zwei Kampfboote in die Territorialgewässer der Donezker Volksrepublik im Gebiet von Besymennoje eingedrungen, um unsere Positionen zu beschießen. Nach der Entdeckung und Feststellung des Feuers auf die Positionen der Streitkräfte der DVR waren wir gezwungen, das Feuer mit Schusswaffen und Antipanzerabwehrkraketen zu erwidern, dabei wurde eines der Boote ernsthaft beschädigt und wurde in Folge dessen abgeschleppt.

Die unbedachten Handlungen des Kommandos der ukrainischen Streitkräfte haben wieder zu sinnlosen Opfern unter den ukrainischen Soldaten und zu ernsthaften Beschädigungen der teuren Ausrüstung eines Militärschiffs geführt.

Einfluss auf die Entwicklung der militärisch-politischen Lage im Donbass hat auch weiterhin die sogenannte Wirtschaftsblockade. In der letzten Woche ist eine **Verstärkung der Konfrontation zwischen den ukrainischen Streitkräften und radikalen Nationalisten** unter den Blockierern zu bemerken.

Diese Konfrontation ist schon zu offenen militärischen Gefechten übergegangen, in deren Folge es Verluste auf beiden Seiten gibt. Die Organisatoren der Blockade haben begonnen, aktiv die Taktik der Verminung der Zugänge zu den Checkpoints anzuwenden, in der Folge wurden einige Militärlastwagen gesprengt, die Personal der ukrainischen Streitkräfte befördert haben. Der letzte Fall ereignete sich am 12. März in Richtung Mariupol, wo durch die Schuld der Radikalen ein Fahrzeug vom Typ „Ural“ auf eine Mine neben einem Checkpoint geriet. Dabei starben zwei Soldaten, neun wurden verletzt. Im Zusammenhang mit der Zunahme von Verletzten aufgrund solcher „Scharmützel“ und der Überfüllung der medizinischen Einrichtungen in der Frontzone wurde begonnen, verletzte Soldaten in Krankenhäuser von Oblaststädten zu bringen, unter anderem um die Folgen der Gefechte zwischen Anhängern und Gegnern der Blockade zu verheimlichen.

All diese Fälle und Verluste werden im Ganzen weiterhin von der militärischen Führung der Ukraine vor der Öffentlichkeit verheimlicht. Nach Informationen aus dem Verteidigungsministerium der Ukraine betragen die Verluste der ukrainischen Streitkräfte im Zeitraum vom 11. bis 17. März 5 Tote und 42 Verletzte. Nach unseren Informationen beträgt die reale Zahl der Verluste 24 Tote und 79 Verletzte, was durch Informationen aus sozialen Netzen, unter anderem von Seiten von Kameraden der Toten und Verletzten, bestätigt wird. Auf diese Weise setzt die ukrainische militärisch-politische Führung die Desinformation der Öffentlichkeit fort und gibt den Streitkräften der DVR die Schuld an den menschlichen Verlusten, anstatt die realen Ursachen für Verletzung und Tod ihrer Soldaten zuzugeben. Die politische Umgestaltung der Regierung und innere Widersprüche zwischen den ukrainischen Streitkräften und nationalistischen Einheiten haben zu einer neuen Runde eines verdeckten Bürgerkriegs in der Ukraine geführt. In diesem Zusammenhang rufen wir die Weltgemeinschaft auf, die ukrainische Regierung zu zwingen, die eigenen Gesetze zur Garantie der Sicherheit ihrer zivilen Einwohner, die der Gefahr rechtswidriger Handlungen von Seiten nicht adäquater radikaler Nationalisten in der Ukraine ausgesetzt sind, einzuhalten.

De.sputniknews.com: Moskau macht Rücknahme der Anerkennung von Donbass-Pässen von Kiew abhängig.

Moskau hat eine Rücknahme der Anerkennung der Ausweispapiere der selbsterklärten Volksrepubliken Donezk und Lugansk in Aussicht gestellt, sollte Kiew bestimmte Voraussetzungen dafür schaffen. Die Bedingungen dafür nannte der russische Botschafter bei der OSZE, Alexander Lukaschewitsch, am Freitag in einer Sitzung des ständigen Rates des Gremiums.

Laut Lukaschewitsch wird Moskau die Anerkennung der Donbass-Pässe außer Kraft setzen, sollte Kiew die Minsker Abkommen voll und ganz erfüllen.

Demnach muss Kiew seine Strafoperation im Donbass einstellen, seine Waffen abziehen, eine Verfassungsreform durchführen, den Sonderstatus des Donbass verankern, Lokalwahlen anerkennen und den Punkt erfüllen, in dem die vollständige Wiederherstellung der sozialwirtschaftlichen Beziehungen vorgesehen ist.

Zudem sagte Lukaschewitsch, die Einstellung des Güterverkehrs mit dem Donbass durch Kiew widerspräche dem gesunden Menschenverstand und den Minsker Vereinbarungen. Wie Kreml-Sprecher Dmitri Peskow erklärte, ist es derweil noch verfrüht, den Beschluss über die Anerkennung der Donbass-Pässe außer Kraft zu setzen. Die Entwicklung der Situation in der Ukraine zeuge davon, dass dieser Schritt richtig sei.

Der russische Präsident Wladimir Putin hatte am 18. Februar einen Erlass über die Anerkennung von Personaldokumenten unterzeichnet, die in einzelnen Kreisen der Gebiete Donezk und Lugansk wohnenden Bürgern der Ukraine sowie Staatenlosen ausgestellt wurden.

Das Dekret gelte, bis das Minsker Abkommen vollständig realisiert worden ist, hieß es in Moskau. Laut dem russischen Außenminister Sergej Lawrow lässt sich Moskau dabei von humanitären Gründen leiten.

Lug-info.com: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR

Oberstleutnant Andrej Marotschko (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Die OSZE-Mission bestätigt in ihren täglichen Berichten weiter Fakten von Verletzungen der Minsker Vereinbarungen durch die ukrainische Seite bezüglich des Abzug von Technik und Waffen.

In dieser Woche wurde das Fehlen von folgenden Waffen der ukrainischen Streitkräfte an den benannten Lagerorten festgestellt:

- 8 152mm-Haubitzen „Giazint-B“,
- 21 152mm-Haubitzen 2S3 „Akazija“,
- 5 122mm-Haubitzen 2S1 „Gwosdika“,
- 16 100mm-Antipanzergeschütze MT-12 „Rapira“,
- 30 Panzer T-64 und T-72,
- 8 82mm-Mörser.

Es ist nicht ausgeschlossen, dass die ukrainischen Streitkräfte mit genau diesen Waffen regelmäßig unsere Positionen beschießen.

Die Kiewer Führung verletzt systematisch die Bedingungen für die Stationierung von schweren Waffen entlang der Kontaktlinie.

So haben im Gebiet von Walujskoje, Popasnaja, Orechowo, Troizkoje und Mironowka die Kiewer Truppen drei 122mm-Artilleriegeschütze „Gwosdika“, zwei 152mm-Artilleriegeschütze „Akazija“, zwei 122mm-Haubitzen D-30, vier Mehrfachraketenwerfer „Grad“ und einen Panzer stationiert.

In der letzten Woche haben die ukrainischen Truppen 121-mal das Regime der Feueinstellung verletzt. Es wurde mit allen Arten von Waffen geschossen, dabei wurden auch von den Minsker Vereinbarungen verbotene 122mm-Artillerie, 120mm- und 82mm-Mörser verwendet.

Insgesamt wurden 2600 Artillerie- und Mörsergranaten auf das Territorium der Republik abgeschossen.

Die ukrainischen Straftruppen haben die Luftaufklärung im Gebiet von Debalzewo, Perwomajsk, Molodjoshnyj und Kalinowo verstärkt.

Es ist nicht ausgeschlossen, dass der Gegner so versucht, Breschen in unsere Verteidigung zu schlagen, um die provokativen Aktivitäten gegen die territoriale Integrität unserer Republik weiterzuführen.

Beim Beschuss der Republik von Seiten der ukrainischen Streitkräfte erfolgt die Korrektur des Feuers unter Anwendung von Drohnen.

Aufgrund des katastrophal niedrigen Personalstands des Einheiten der ukrainischen Streitkräfte greift das ukrainische Kommando weiter zur Hilfe von nationalistischen Banden und legt alle Anstrengungen in eine Verhinderung der Entlassung von Soldaten, die in der „ATO“-Zone Dienst tun.

Die Soldaten und Offiziere der ukrainischen Streitkräfte haben nicht den Wunsch ihre Verträge zu verlängern.

In diesem Zusammenhang wächst die Zahl der Desertionen.

In der letzten Woche haben in der „ATO“-Zone mehr als 30 Soldaten aus der 14. und 24. Brigade der ukrainischen Streitkräfte ihren Dienort eigenmächtig verlassen.

In der Hoffnung die Situation zu verbessern, ohne eine siebte Mobilisierungswelle durchzuführen, hat Poroschenko einen Erlass über die **Einberufung von Reserveoffizieren** unterzeichnet.

Insgesamt unterliegen nach Angaben des Verteidigungsministeriums etwa 4000 Personen der Einberufung.

Daneben hat die ukrainische Regierung den **Zugang von Bürgern des Geburtsjahrs 2000, die kaum 17 Jahre alt sind, zum Militärdienst** bestätigt. Diese Maßnahmen bestätigen den katastrophalen Zustand in den ukrainischen Streitkräften und die Degradierung der militärisch-politischen Führung der Ukraine.

De.sputniknews.com: Syrische Armee eliminiert IS-Warlord, der Palmyra zerstörte.

Die syrische Armee hat nach Angaben der Agentur Fars den IS-Kommandeur Abu Chamid as-Sukni eliminiert. Der „Kriegstreiber“ soll die Sprengung von antiken Stätten in der historischen Wüstenstadt Palmyra persönlich befohlen haben.

Am 3. März 2017 haben die syrischen Regierungstruppen und Volksmilizen, unterstützt durch die russische Luftwaffe, Palmyra zum zweiten Mal von der Terrormiliz Daesh („Islamischer Staat“, IS) befreit.

Die Dschihadisten hatten die Oasenstadt im Dezember überraschend wieder erobert und mehrere antike Stätten zerstört, darunter auch das Tetrapylon und die Bühne des Amphitheaters (beides 2. Jh.).



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/31477/38/314773889.jpg>

Dan-news.info: Die DVR ist bereit, die Krim bei der Ausbildung von Spezialisten im Bereich der Kommunal- und Wohnungswirtschaft, des Bauwesens und der Ökologie zu unterstützen. Dies erklärte heute auf der Sitzung des Integrationskomitees „Russland-Donbass“ im Kreis Jalta der Rektor der Donbasser Nationalakademie für Bauwesen und Architektur Jewgenij Gorochow.

„Auf der Krim gibt es ein Problem mit der Ausbildung von Doktoren in der Architektur, bei der ökologischen Sicherheit, dem Bauwesen und der Wohnungs- und Kommunalwirtschaft. Wir sind bereit Sie zu unterstützen und sie bei uns auszubilden. Diese Verbindung von Russland und der Republik wird nur zum Nutzen der Wissenschaft sein“, sagte Gorochow.

Er berichtete den Versammelten auch über die Erfolge der Entwicklung des allgemeinbildenden Systems der DVR. Unter anderen wurde angemerkt, dass es in der DVR

gelungen ist die Bildungskultur erheblich zu erhöhen.

Die Sitzung des Integrationskomitees „Russland – Donbass“ begann heute um 11:00 Uhr im Liwadijskij-Palast in der Umgebung von Jalta.

Während der Eröffnung sagte der Abgeordnete der Staatsduma der RF Andrej Kosenko, dass Russland der DVR und der LVR erhebliche Unterstützung leistet, in diesem Zusammenhang ist die Notwendigkeit einer gesellschaftlichen Koordination entstanden. Daher wird ein ständig wirkendes Integrationskomitee geschaffen.

Ukrinform: Telekommunikationsmast nahe der Krim feierlich eröffnet

Im Dorf Tschonhar, an der administrativen Grenze zwischen der Region Cherson und der Krim, ist am Freitag ein Telekommunikationsmast eröffnet worden. Das teilte das Informationsministerium der Ukraine mit.

Mit dem 150 Meter hohen Mast werden die ukrainischen Sendungen für nördliche Gebiete der Krim übertragen.

An der Eröffnungszeremonie nahmen Informationsminister Juri Stez, Minister für besetzte Gebiete Wadym Tschernysch, Vorsitzender des Medschlis des krimtatarischen Volkes Refat Tschubarow sowie andere Politiker und Beamte teil.

Die Sendelizenzen erhielten bisher Radio Ukraine (101,4 FM), Radiosender Meydan (101,4 FM), Krim-Realien (105,9 FM) und Cherson FM (107,8 FM).

De.sputniknews.com: Russland und Armenien vereinigen ihre Armeen.

Russland und Armenien bauen ihr militärisches bzw. militärtechnisches Zusammenwirken weiter aus, schreibt die „Nesawissimaja Gaseta“ am Freitag.

Darauf haben sich die Präsidenten beider Länder, Wladimir Putin und Sersch Sargsjan, bei ihren gestrigen Verhandlungen in Moskau geeinigt.

Das Treffen fand vor dem Hintergrund neuer Spannungen in Berg-Karabach, dem umstrittenen Gebiet zwischen Armenien und Aserbaidschan, statt. Das aserbaidsschanische Verteidigungsministerium berichtete gestern von mehr als 100 Verletzungen des Waffenstillstands durch die armenische Seite. Die Militärbehörde Berg-Karabachs warf Aserbaidschan Angriffe gegen die Stellungen der armenischen Truppen sowie Städte und Dörfer vor.

Der aserbaidsschanische Präsident Ilham Alijew, der jüngst in Paris weilte, behauptete, Armenien verhalte sich aggressiv und verweigere Gespräche über die Konfliktregelung. In Baku ist man sehr erbost darüber, dass Armenien seit mehr als 25 Jahren fast 20 Prozent des aserbaidsschanischen Territoriums kontrolliert. In diesem Zusammenhang sprachen die Aserbaidschaner auch schon einmal von einer gewaltsamen „Lösung“ des territorialen Streits.

Moskau bemüht sich als Vermittler in diesem Gebietsstreit und versucht, sowohl mit Baku als auch mit Jerewan die Freundschaft aufrechtzuerhalten. So fand in Moskau vor einigen Tagen eine internationale Militärkonferenz statt, an der sich unter anderem Vertreter der Generalstäbe sowohl Aserbaidschans als auch Armeniens beteiligten.

In Armenien findet derzeit eine gemeinsame Übung der russischen und armenischen Truppen statt und in Baku weilt eine Delegation der russischen Seestreitkräfte im Rahmen der Vorbereitung einer Etappe des internationalen Marinewettbewerbs „Sea Cup 2017“, die im August ausgetragen werden soll.

Die militärische Integration Russlands mit Armenien ist etwas enger als mit Aserbaidschan. Beim Treffen mit Putin sagte Sargsjan, es sei äußerst wichtig, dass die Seiten ein Abkommen über die Bildung einer vereinten Truppengruppierung unterzeichnet haben und dass ein Abkommen über ein Vereintes regionales Raketenabwehrsystem im Kaukasus in Kraft getreten sei. „Diese Dokumente werden zweifellos zur weiteren Gewährleistung der Sicherheit in der Südkaukasischen Region beitragen“, betonte Sargsjan.

Das russisch-armenische Abkommen war am 30. November 2016 im Rahmen eines offiziellen Besuchs des armenischen Verteidigungsministers Wigen Sargsjan in Moskau unterzeichnet worden. Die Einzelheiten des Dokuments sind immer noch unbekannt. ...

Dan-news.info: Auf dem Treffen der humanitären Untergruppe am 15. März in Minsk wurde verabredet, mit der ukrainischen Seite einen Austausch aller ermittelten Personen durchzuführen. Dies erklärte heute die Bevollmächtigte für Menschenrechte in der DVR Darja Morosowa.

„Gegenstand des Gesprächs waren auch 62 Menschen, die nach den Worten der Ukraine „besonders schwerer Verbrechen“ beschuldigt sind“, erklärte Morosowa. „Der Ukraine wurde abschließend mitgeteilt, dass es ohne diese 62 Menschen keinen Austausch geben wird. Es wurde die Entscheidung getroffen einen Austausch „alle gegen alle“ im Rahmen von ermittelten Personen gegen ermittelte Personen durchzuführen“.

Morosowa meint auch, dass es bis zum Ende des Kämpfe äußerst schwierig sein wird einen Austausch „alle gegen alle“ durchzuführen, weil die ukrainischen Soldaten täglich Unterstützer der Republiken festnehmen. Deshalb ist es zielführend, einen Austausch der ermittelten Personen durchzuführen. Morosowa fügte hinzu, dass der Prozess des Austauschs im Rahmen der Untergruppe mehr als zwei Stunden lang erörtert wurde.

De.sputniknews.com: Luftangriff auf Moschee: Moskau bezweifelt US-Darstellung nicht
Nach dem vermutlich amerikanischen Luftangriff auf eine Moschee nahe des nordsyrischen Aleppo wirbt Moskau für eine engere militärische Koordinierung in Syrien.

Außenamtssprecherin Maria Sacharowa sagte, Russland zweifle nicht, dass der Bombenabwurf, bei dem Dutzende Zivilisten getötet worden sein sollen, gegen Terroristen gerichtet war.

Die betroffene Moschee liegt im Dorf Al-Dschinnah. Zum Zeitpunkt des Angriffs sollen sich dort 300 Menschen zum Abendgebet aufgehalten haben. Das US-Militär hatte bestätigt, ein Gebäude im Norden Syriens bombardiert zu haben, in dem zu dem Zeitpunkt ein Treffen von Al-Qaida-Extremisten stattgefunden haben soll. Das Gebäude soll etwa 15 Meter von einer Moschee entfernt gewesen sein. Angaben über zivile Opfer würden überprüft, hieß es aus Centcom, dem Zentralkommando der USA für den Nahen Osten.

Anders als seine Opponenten werde Russland keine voreiligen Vorwürfe eines gezielten Zivilistenmordes machen, kommentierte die russische Außenamtssprecherin Maria Sacharowa am Freitag. „Wir zweifeln im Prinzip nicht daran, dass das US-Militär es auf Terroristen abgesehen hatte.“ ... „Es muss jedoch geklärt werden, was im Südwesten Al-Dschinnahs tatsächlich passiert ist, was bombardiert wurde und wer diese Opfer, von denen die Augenzeugen sprechen, sind.“

Wenn sich die Informationen über die zahlreichen zivilen Opfer bestätigen sollten, dann sollten sich „alle, die gegen den internationalen Terrorismus in Syrien kämpfen, Gedanken darüber machen, ihr Vorgehen besser zu koordinieren“, so Sacharowa. Zudem gelte es, die Genauigkeit der Zielzuweisungen zu erhöhen und von militärisch kaum zweckmäßigen Angriffen wie etwa auf den Euphrat-Damm abzusehen, sagte Sacharowa.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31493/59/314935920.jpg>

Abends:

De.sputniknews.com: Kreml nimmt Stellung zur totalen Blockade des Donbass durch Kiew. Die Handlungen Kiews, das alle Gütertransporte von den abtrünnigen Territorien im Donbass gestoppt hat, werden den Konflikt im Südosten der Ukraine nur noch verschärfen. Wie Kremlsprecher Dmitri Peskow am Freitag in Moskau sagte, ist Russland auch über Vandalismus gegenüber russischen Tochterbanken in der Ukraine besorgt.

Peskow zufolge hatte Präsident Wladimir Putin diese Probleme in der jüngsten Sitzung des russischen Sicherheitsrates erörtert. „Es ging vor allem um eine jähe Zuspitzung der Lage im Donbass nach der Verhängung der Kiewer Blockade. Solche Handlungen, die auf das Abstoßen einer ganzen Region des Landes gerichtet sind, können nur eine weitere Eskalation zur Folge haben“, sagte der Sprecher.

Der ukrainische Präsident Petro Poroschenko hatte den Beschluss des Rates für nationale Sicherheit und Verteidigung am Donnerstag in Kraft gesetzt, alle Gütertransporte von Territorien einzustellen, die nicht von Kiew kontrolliert werden.

Zuvor hatten ukrainische Radikale Geldautomaten russischer Banken in verschiedenen Gebieten der Ukraine mit Montageschaum und Aufklebern unbrauchbar gemacht. Zudem wurden der Eingang und Fenster des Zentralbüros der russischen Sberbank in Kiew vor zwei Tagen zugemauert.

Dan-news.info: Einwohner der zeitweise von Kiew kontrollierten Territorien des Donbass werden Geldüberweisungen in die DVR und LVR in den Zentren für soziale Hilfe und administrative Dienstleitungen durchführen können, die ab dem 1. April ihre Arbeit in der Nähe der Kontroll- und Passierpunkte im Rahmen des Programms zur Hilfe für Landsleute beginnen werden. Dies teilte heute der Generaldirektor des staatlichen Unternehmens „Potschta Donbassa“ Artjom Serdjukow mit.

Auch Briefe können dort abgeschickt werden.

De.sputniknews.com: Wer ist aktivster Nato-Staat? Von der Leyens „Index“ checkt das. Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen will laut deutschen Medien ein weiteres Kriterium für das Engagement der Nato-Bündnispartner, einen sogenannten „Aktivitätsindex“, einführen.

„Für mich stellt sich auch die Frage, wer leistet operativ einen Mehrwert für das Bündnis“, sagte sie gegenüber AFP.

Dank dem „Aktivitätsindex“ kann von der Leyen zufolge kontrolliert werden, in welchem

Umfang sich Staaten an Einsätzen der Nato beteiligen.

Die neue Initiative soll die empfohlenen Verteidigungsausgaben der Nato-Bündnispartner ergänzen. Die Nato-Staaten hatten 2014 vereinbart, dass ihre Ausgaben für die Verteidigung binnen zehn Jahren jeweils zwei Prozent der Wirtschaftskraft erreichen sollen.

Von der Leyen bekräftigte dabei ihrerseits ausdrücklich das Zwei-Prozent-Ziel auch für Deutschland. Dies ist ihrer Auffassung nach richtig, weil die Bundeswehr dringend einen Modernisierungsschub brauche, und „weil es schlicht ein Gebot der Fairness im Bündnis ist.“ Sie fügte hinzu: „Deutschland hat eine starke Wirtschaft. Von unseren Partnern würde niemand verstehen, wenn ausgerechnet das starke Deutschland es nicht schafft, seinen angemessenen Beitrag zu leisten, während sich klammere Länder den zugesagten Beitrag vom Mund absparen.“



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31459/99/314599923.jpg>

Dnr-online.ru: Im Rahmen des internationalen Kinderprojekts „Frieden für die Welt!“ und der Schule junger Diplomaten haben Schüler aus Denzék an einer internationalen Telebrücke teilgenommen. Schon zum 12. Mal haben sie sich mit ihren Altersgenossen aus Moskau (RF) und Deggendorf (Deutschland) unterhalten.

Im Verlauf der Unterhaltung haben die Kinder über das Modell eines Denkmals für die Kinder des Donbass diskutiert, das vom Moskauer Bildhauer Denis Seljosnew geschaffen wurde, haben einander Fragen gestellt. Gäste des Projekts waren die Direktorin des Donezker Republikanischen Kunstmuseums Nadeshda Onischtschenko, der Präsident der Föderation für griechisch-römischen Kampf der DVR Dshasur Lutfulajew und die Bevollmächtigte für Menschenrechte in der DVR Darja Morosowa.

„Wir haben uns versammelt, um über Probleme der Kinder des Donbass zu sprechen. Darüber ist sehr schwer zu sprechen. Aber unsere Kinder haben eine gute Zukunft verdient. Ich danke euch, dass ihr uns unterstützt“, sagte Darja Morosowa zu den Schülern aus Russland und Deutschland.

Zum Abschluss des Treffens sangen die Kinder das bekannte Lied „Sonnenkreis“ auf russisch und auf deutsch.